Arbeitsmigration und Fremdenfeindlichkeit : der Christlichnationale Gewerkschaftsbund und die ausländischen Arbeitskräfte 1945-1970

Autor(en): **Tschirren, Jürg**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizerische Zeitschrift für Religions- und Kulturgeschichte = Revue suisse d'histoire religieuse et culturelle = Rivista svizzera di storia religiosa e culturale**

Band (Jahr): **98 (2004)**

PDF erstellt am: **05.06.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-130342

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Arbeitsmigration und Fremdenfeindlichkeit Der Christlichnationale Gewerkschaftsbund und die ausländischen Arbeitskräfte 1945–1970

Jürg Tschirren

In den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg erlebte die Schweiz einen ausgeprägten wirtschaflichen Aufschwung, der sich zu einem grossen Teil dem Zuzug ausländischer Arbeiterinnen und Arbeiter verdankte. Die Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte liess für die Schweizer Gewerkschaften ein Spannungsfeld entstehen, in dem Klasseninteressen und Protektionismus aufeinander trafen. Die einzelnen Gewerkschaftsverbände reagierten durchaus unterschiedlich auf diese neue Herausforderung. Im folgenden soll skizziert werden, welche Denkmuster den Umgang des Christlichnationalen Gewerkschaftsbundes mit den Arbeitsmigrantinnen und -Migranten der Nachkriegsjahre prägten.

Arbeitsmigration von der Nachkriegszeit bis zum Ende der 1960er Jahre

Im Jahr 1950 betrug der Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung in der Schweiz 6,1 Prozent.[1] In den folgenden Jahren begann diese Zahl rasch zu steigen. 1960 waren es bereits 10,8 Prozent und 1970 17,2 Prozent. Als Hauptgrund für die rasche Zunahme kann die in der Nachkriegszeit einsetzende Expansion der Schweizer Wirtschaft angesehen werden.

[1] Vgl. Statistisches Jahrbuch der Schweiz. 1914 waren es noch 17,3 Prozent. Vgl. dazu: Jean-François Bergier, Die Wirtschaftsgeschichte der Schweiz. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Zürich 1983, 266. – Zur wirtschaftlichen Entwicklung in der Nachkriegszeit vgl. u.a.: Bergier, Wirtschaftsgeschichte (wie Anm. 1), 274–284; Peter Gilg/Peter Hablützel, Beschleunigter Wandel und neue Krisen (seit 1945), in: Beatrix Mesmer et al. (Hg.), Geschichte der Schweiz und der Schweizer, Basel 1986, 821–850, 869–887; Hansjörg Siegenthaler, Die Schweiz. 1914–1984, in: Wolfram Fischer (Hg.), Handbuch der europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 6, Stuttgart 1987; Paul Bairoch/Martin Körner (Hg.), Die Schweiz in der Weltwirtschaft (15.–20. Jh.), Zürich 1990; Heidi Schelbert, Schweizerische Wirtschaftsentwicklung seit 1950, in: Christian Pfister (Hg.), Das 1950er Syndrom. Der Weg in die Konsumgesellschaft, Bern 1995, 201–217; Mario König, Wohlhabenheit. Vom Erfolg einer kleinen offenen Volkswirtschaft, in: Manfred Hettling et al. (Hg.), Eine kleine Geschichte der Schweiz. Der Bundesstaat und seine Traditionen, Frankfurt a.M. 1998, 265–289.

Im Gegensatz zu ihren Nachbarländern verfügte die Schweiz nach Kriegsende über einen nahezu unversehrten Produktionsapparat und über ausreichende Kapitalreserven. So konnte sie unmittelbar vom Wiederaufbau Europas profitieren, von einem Wachstumsschub, der spätestens 1950 mit dem Boom des Korea-Krieges begann und mit einigen Konjunkturrückgängen bis 1974 anhielt. Die einheimischen Arbeitskraftressourcen konnten den gestiegenen Anforderungen der Schweizer Wirtschaft bald nicht mehr gerecht werden. Der Zuzug ausländischer Arbeitskräfte wurde zu einer unumgänglichen Notwendigkeit.[2] Bis 1963 beruhte die Steigerung der wirtschaftlichen Produktionskraft in erster Linie auf einem Ausbau der Arbeitsplätze, während notwendige technische Neuerungen und Rationalisierungsmassnahmen vernachlässigt wurden.

Die wirtschaftlich schlechten Bedingungen in den umliegenden Ländern liessen die Schweiz, die über ein relativ hohes Lohnniveau verfügte, nach dem Zweiten Weltkrieg zu einem attraktiven Einwanderungsland werden. In besonderem Mass galt dies für italienische Staatsangehörige: Der Anteil der Italiener an der ausländischen Wohnbevölkerung nahm von 49,1 Prozent im Jahr 1950 auf 59,2 Prozent im Jahr 1960 zu.[3] Wenn in der Schweizer Öffentlichkeit damals von der «Ausländerfrage» oder dem «Ausländerproblem» die Rede war, waren damit in erster Linie die italienischen Einwanderer gemeint. Noch 1970 stammten drei Viertel der in der Schweiz lebenden Ausländer aus den umliegenden Ländern. Erst in den 1970er Jahren nahm in einer vierten Einwanderungswelle die Zahl der Menschen aus weiter entfernter Ländern zu.[4]

Um im Umgang mit den Arbeitsmigranten flexibel zu bleiben und deren Zahl der jeweiligen Konjunkturlage anpassen zu können, wurden ihnen nur zeitlich befristete Aufenthaltsgenehmigungen gewährt. Dieses «Rotationsprinzip» sollte gewährleisten, dass sich die Ausländerbestände dauernd erneuerten und die Einwanderer nicht vom Recht auf Niederlassung Gebrauch machen konnten. Die gesellschaftliche Integration der ausländischen Arbeitskräfte war nicht von Bedeutung, da von einem längeren Aufenthalt des einzelnen Arbeiters nicht ausgegangen wurde. Mit den Rahmenbedingungen des Rotationsprinzips sollte der schweizerischen Wirtschaft ermöglicht werden, ihren Bedarf an Arbeitskräften auch im Ausland decken zu können.[5] Gleichzeitig blieb die Möglichkeit bestehen, die ausländischen Arbeitskräfte im Fall eines Konjunkturrückgangs schnell wieder abstossen zu können.

[2] Zur Arbeitsmigration: René Riedo, Das Problem der ausländischen Arbeitskräfte in der schweizerischen Gewerkschaftspolitik von 1945–1970, Bern/Frankfurt a.M. 1976, 19–23; Marc Vuilleumier, Flüchtlinge und Immigranten in der Schweiz. Ein historischer Überblick, Zürich 1987, 99–100. Zur Migrationsforschung vgl. auch den Sammelband: Hans-Joachim Hoffmann-Nowotny (Hg.), Das Fremde in der Schweiz. Ergebnisse soziologischer Forschung, Zürich 2001.

[3] Vgl. Vuilleumier, Flüchtlinge (wie Anm. 2), 101. Die Saisonarbeiter sind in diesen Zahlen nicht miteingeschlossen.

[4] Vgl. Hans-Joachim Hoffmann-Nowotny, Internationale Migration und das Fremde in der Schweiz, in: Hoffmann-Nowotny, Fremde (wie Anm. 2), 15.

[5] Vgl. Riedo, Problem (wie Anm. 2), 21.

Zu Beginn der 1960er Jahre kam es zu einer Neubeurteilung der Einwanderungspolitik. Man kam zur Einsicht, dass die Einwanderung nicht bloss ein konjunkturbedingtes vorübergehendes Phänomen darstellte. Die Behörden gingen vom Rotationsprinzip zur «Assimilation» der Ausländer über. Längerfristige Aufenthalte und auf längere Sicht auch Einbürgerung wurden möglich. Nicht zuletzt unter dem Druck der sogenannten «Überfremdungsbewegung» verschärfte man aber gleichzeitig die liberale, den Bedürfnissen der Wirtschaft angepasste Zulassungspolitik. Unter anderem mit einer 1963 eingeführten Stellenplafonierung für Unternehmen, die ausländisches Personal beschäftigten, wurden Massnahmen zur Begrenzung der Zahl der ausländischen Wohnbevölkerung ergriffen. Es folgte ein vollständiger Wachstumsstop und schliesslich eine jährliche, schwache Reduktion des Ausländerbestandes. Durch das Recht auf Familiennachzug wuchs die ausländische Wohnbevölkerung allerdings weiter an. Erst mit der 1974 einsetzenden Wirtschaftskrise kam es zu einem massiven Rückgang: innerhalb von vier Jahren mussten ungefähr 300'000 ausländische Arbeitskräfte das Land verlassen. Der Schweiz gelang es auf diesem Weg, den grössten Teil ihrer Arbeitslosigkeit zu exportieren.

Gewerkschaften und Arbeitsmigration

Kritik an der Einwanderung ausländischer Arbeitskräfte übten in den 1950er und 1960er Jahren zuerst die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie.[6] Während Regierung, Wirtschaft und breite Teile der Bevölkerung die Immigration als notwendig für das weitere Wirtschaftswachstum erachteten, wiesen Gewerkschaftsvertreter wiederholt auf die Gefahren der Konjunkturüberhitzung und des Lohndumpings hin. Bereits 1957 forderte der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) dringliche Massnahmen zur Beschränkung des Zuzugs ausländischer Arbeitskräfte und 1960 wurde im Rahmen eines Kongresses des Gewerkschaftsbundes sogar die Idee laut, die Schweiz abzuriegeln.[7]

Die Schweizer Gewerkschaften vertraten mit ihrer Politik keineswegs die Interessen aller Arbeiter, sondern fast ausschliesslich diejenigen der Schweizer Arbeiterschaft.[8] Zur Kritik der Arbeitsmigration dienten ihnen vorwiegend sozialpolitische Argumente, beispielsweise die Aussage, der Zuzug ausländischer Arbeitskräfte habe einen negativen Einfluss auf die Lohnentwicklung. Zwar lässt sich diese protektionistische Haltung vom Interessensstandpunkt der Schweizer Arbeiter her einigermassen nachvollziehen, doch die Politik der Gewerkschaften

6 Vgl. dazu: Gaetano Romano, Die Überfremdungsbewegung als «Neue soziale Bewegung». Zur Kommerzialisierung, Oralisierung und Personalisierung massenmedialer Kommunikation in den 60er Jahren, in: Mario König/Georg Kreis/Franziska Meister/Gaetano Romano (Hg.), Dynamisierung und Umbau. Die Schweiz in den 60er und 70er Jahren, Zürich 1998, 143–159, hier 147.

7 Hinweise in: Otto Lezzi, Zur Geschichte der schweizerischen Arbeiterbewegung, Zürich 1990, 337–338; Jean Steinauer/Malik Von Allmen, Weg mit den Baracken! Die Immigranten in den schweizerischen Gewerkschaften 1945–2000, 13.

8 Vgl. dazu auch: Marianne Ebel/Pierre Fiala, Sous consensus, la xénophobie. Paroles, arguments, contextes 1961–1981, Lausanne 1983, 115–117.

führte letztlich dazu, dass die neu ankommenden ausländischen Arbeitsmigranten nicht als Klassenangehörige, sondern einzig als Konkurrenten wahrgenommen wurden.[9] Urs Zuppinger schreibt dazu: «Die schweizerische Arbeiterbewegung hätte also Gründe genug gehabt, um von Anfang an mit den ausländischen Arbeitnehmern zu fraternisieren. Es war auch nicht schwer zu erkennen, dass durch ein solches solidarisches Verhalten die Einheit der Arbeiterschaft am besten hätte gewahrt werden können und dass dadurch die Klassenkämpfe in der schweizerischen Arbeiterschaft neue Impulse erhalten hätten. Wir wissen alle, dass das Gegenteil eintraf.»[10]

Wie Gaetano Romano feststellt, waren der Schutz der schweizerischen Arbeitskräfte sowie die Zügelung und schliesslich die Reduktion des Ausländerbestandes die Leitthemen des gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen «Überfremdungsdiskurses» in den ausgehenden 1950er Jahren.[11] Mit ihrer gegen den Zuzug von ausländischen Arbeitskräften gerichteten Argumentation gehörten die Gewerkschaften somit zu den Wegbereitern der in der zweiten Hälfte der 1960er Jahren erstarkenden «Überfremdungsbewegung».[12] Dass sich unter dem Einfluss dieses gewerkschaftlichen Anti-Immigrationsdiskurses in grossen Teilen der Schweizer Arbeiterschaft eine fremdenfeindliche Haltung durchsetzen konnte, zeigte sich nicht zuletzt in der Abstimmung über die sogenannte Schwarzenbach-Initiative, die eine Beschränkung des Anteils der ausländischen Wohnbevölkerung auf maximal 10 Prozent forderte. Die Volksinitiative wurde am 7. Juni 1970 von der Schweizer Bevölkerung mit einem Nein-Stimmen-Anteil von 54 Prozent knapp abgelehnt. In städtischen Arbeiterquartieren lag der Anteil der Nein-Stimmen jedoch deutlich tiefer.[13]

Auch die christlichen Gewerkschaften stellten sich der Einwanderung nach dem Zweiten Weltkrieg kritisch gegenüber.[14] Allerdings vollzog der Christlichnationale Gewerkschaftsbund (CNG) früher als der SGB eine Wende hin zur Integration der ausländischen Arbeitskräfte. Dieser Unterschied wurde zu Beginn der 1980er Jahre deutlich, als sich der CNG im Gegensatz zum SGB für die Mitenand-Initiative einsetzte, die die rechtliche und soziale Integration der ausländischen Bevölkerung zum Ziel hatte. Die christlichen Gewerkschaften verfolgten

9 Vgl. Jean Steinauer, Je ne suis pas raciste ni xénophobe, mais..., Genf 1985, 105.

10 Urs Zuppinger, Die zerbrochene Solidarität. Zur gewerkschaftlichen Ausländerpolitik der Nachkriegsjahre, in: Widerspruch (Hg.), Arbeitsfrieden – Realität eines Mythos. Gewerkschaftspolitik und Kampf um Arbeit – Geschichte, Krise, Perspektiven, Zürich 1987, 73.

11 Romano, Überfremdungsbewegung (wie Anm. 6), 147.

12 Zur Überfremdungsbewegung vgl. u.a.: Urs Altermatt, Xenophobie und Superpatriotismus. Die populistische Anti-Überfremdungsbewegung in der Schweiz der sechziger und siebziger Jahre, in: Faschismus in Österreich und international. Jahrbuch für Zeitgeschichte 1980/81, hg. v. Österreichische Gesellschaft für Zeitgeschichte, Wien 1982, 167–193.

13 In der Abstimmung über die dritte Überfremdungsinitiative im Jahr 1974 waren die Ja-Stimmen-Anteile in Arbeiterquartieren ebenfalls überdurchschnittlich hoch. Vgl. Claude Cantini, Considération statistiques sur la xénophobie ouvrière, in: Les Services publics, 7 (1977), 3.

14 Die meisten Untersuchungen zur gewerkschaftlichen Immigrationspolitik richten ihr Augenmerk auf den politisch einflussreicheren SGB und lassen den Christlichnationalen Gewerkschaftsbund (CNG) grösstenteils unbeachtet. Vgl. u.a. die diesbezügliche Erklärung zum Forschungsgegenstand in: Ebel/Fiala, consensus (wie Anm. 8), 117.

jedoch keine einheitliche Immigrationspolitik. Zwischen den einzelnen Verbänden wie beispielsweise dem Christlichen Metallarbeiter-Verband der Schweiz (CMV) und den Baugewerkschaftern (CHB) gab es wesentliche Unterschiede in der Beurteilung der Arbeitsmigration.[15]

Im folgenden wird anhand der CNG-Jahresberichte ein kurzer Blick auf den offiziellen und veröffentlichten Immigrationsdiskurs des CNG bis zum Ende der 1960er Jahre geworfen. Das Jahr 1970 und die mit der deutlichen Ablehnung der sogenannten Schwarzenbach-Initiative eingeleitete Wende in der Beurteilung der Immigrationsproblematik durch den CNG bildet den Abschlusspunkt des untersuchten Zeitraums. Da die Metall- und Maschinenindustrie zu den Wirtschaftszweigen mit einem besonders hohen Zuwachs an ausländischen Arbeitskräften gehörte (1950: 4,7 Prozent, 1970: 35,2 Prozent)[16], werden zudem Beispiele aus dem Immigrationsdiskurs des CMV angeführt.

Der Christlichnationale Gewerkschaftsbund der Schweiz und die ausländischen Arbeitskräfte

Bereits in den ersten Nachkriegsjahren, als die Zahl der ausländischen Wohnbevölkerung in der Schweiz nur langsam zu steigen begann (1950 betrug sie noch 6,1 Prozent), nahm der Christlichnationale Gewerkschaftsbund die Arbeitsmigration als Problem wahr. Im Jahresbericht zum Zeitraum 1948–1951 hiess es: «Das Fremdarbeiterproblem beschäftigt uns mehrfach; ergaben sich aus der grossen Zahl ausländischer Arbeitskräfte doch da und dort Reibungsflächen in bezug auf die Arbeits- und Lohnverhältnisse. Es musste darauf geachtet werden, dass keine illoyalen Unterbietungen tariflich festgesetzter Löhne eintraten.»[17] Schon in diesen ersten Anmerkungen werden sozialpolitische Argumente als wichtige Bausteine des Immigrationsdiskurses sichtbar. Auch wirtschaftspolitische Begründungen sollten in den kommenden Jahren wiederholt dazu dienen, die Arbeitsmigration zu problematisieren, beispielsweise wenn der «unbegrenzte Zustrom ausländischer Arbeitskräfte» als wesentliche Ursache für Überinvestition und Kapitalverknappung angeführt wurde.[18]

Auf Ebene der einzelnen Gewerkschaftssektionen setzten sich die Funktionäre des CNG in den ersten Nachkriegsjahren wiederholt dafür ein, dass bei einem Beschäftigungsrückgang als erstes die ausländischen Arbeitskräfte mit der Entlassung zu rechnen hatten. Als Beispiel kann hier der Christliche Metall-

[15] Vgl. u.a.: Steinauer/Von Allmen, Baracken (wie Anm. 7), 17–18. Der 1907 gegründete Christlichsoziale Gewerkschaftsbund der Schweiz tritt seit 1921 unter dem Namen Christlichnationaler Gewerkschaftsbund der Schweiz (CNG) auf. Der CNG dient als Dachorganisation verschiedener christlicher Berufsverbände, u.a. des 1905 gegründeten CMV. Der CNG ist interkonfessionell und parteipolitisch unabhängig. Vier Fünftel der Gewerkschaftsmitglieder waren Ende der 1960er Jahre katholischen Glaubens. Vgl. Riedo, Problem (wie Anm. 2), 30. Auf die Geschichte des CNG und des CMV kann aus Platzgründen nicht näher eingegangen werden.

[16] Vgl. die Prozentzahlen in: Riedo, Problem (wie Anm. 2), 44.

[17] CNG, Bericht 1948–1951, 7.

[18] Vgl. CNG, Jahresbericht 1957, 26–27.

arbeiter-Verband dienen, in dessen Jahresberichten sich einige Hinweise auf die «Säuberung von unerwünschten Ausländern» finden.[19] Oberstes Ziel war es, Schaden von den eigenen Arbeitskräften fernzuhalten. Der Korrespondent des Bezirks Zürich fasste die Situation im Jahr 1948 folgendermassen zusammen: «Mit dem Abklingen der Konjunktur, das gegen Jahresende 1948 einsetzte, war dann der Zeitpunkt gekommen, um auf die meisten der Fremdarbeiter wieder verzichten zu können. – Wenn nachträglich zufolge Arbeitsmangel Plätze geräumt werden müssen, dann in erster Linie durch die noch verbliebenen Fremdarbeiter – das ist ein Mindestmass von dem, was der Schweizer verlangen darf!»[20] Aus dem Sekretariatskreis Rohrschach hiess es: «Es wird die stete Aufgabe und Sorge der Arbeiterschaft und ihrer Vertretung, der Gewerkschaften, sein müssen, bei sinkender oder sich normalisierender Konjunktur darauf zu achten und dafür einzustehen, dass diese Arbeitsmarktventile [gemeint sind die Zulassung ausländischer Arbeiter und die Überstundenbewilligungen, J.T.] so bedient werden, dass dem Schweizer Arbeiter das Vorrecht auf Arbeit erhalten bleibt.»[21] Notfalls wandten sich die Gewerkschaftsfunktionäre auch an die Behörden, um notwendige Entlassung auf die ausländischen Mitarbeiter einzuschränken.[22]

Die Interessen der Schweizer Arbeiterschaft

Zu Beginn der 1950er Jahre sprach sich der Bundesvorstand des CNG für die Einwanderung ausländischer Arbeitskräfte aus, solange die Zuwanderung konjunkturstabilisierend wirke und somit im Interesse der Schweizer Arbeiterschaft liege. Während der Schweizerische Gewerkschaftsbund eine restriktivere Einwanderungspolitik verfolgte, erblickte der CNG in einer zurückhaltenden Zulassungspolitik für ausländische Arbeitskräfte ein wirksames und gleichzeitig sozialpolitisch harmonisches Instrumentarium der Investitionslenkung.[23] In den einzelnen Betrieben verlief die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte aber nicht immer unproblematisch. So berichtete der Korrespondent des CMV-Sekretariatskreis Rohrschach, dass der Wunsch der Wirtschaft, den Mangel an Arbeitskräften durch die Zulassung von Arbeitsmigranten zu beheben, teilweise auf harten Widerstand der Belegschaften stiess. Erst durch die Zusicherung der zuständigen Behörden, dass sich allfällige Entlassungen zuerst auf die ausländischen Arbeitskräfte erstrecken würden, wurde deren Beschäftigung möglich.[24]

Kritik an der Einwanderung blieb wirtschafts- und sozialpolitisch begründet. Kulturalistische Diskurselemente fanden in den Jahresberichten des CNG oder des CMV kaum Verwendung. Eine Ausnahme bildet ein Bericht des Korrespondenten des Innerschweizer CMV, der die Sorge äusserte, die Innerschweiz

[19] Vgl. u.a.: CMV, Jahresbericht 1945/1946, 32.
[20] CMV, Jahresbericht 1947–48, 64.
[21] CMV, Jahresbericht 1953/53, 99.
[22] Vgl. CMV, Jahresbericht 1947–48, 55.
[23] Vgl. Riedo, Problem (wie Anm. 2), 58–59.
[24] Vgl. CMV, Jahresbericht 1951/52, 72.

könnte durch die ausländischen Arbeitskräfte ihre «Bodenständigkeit und Eigenart» verlieren.[25] Am ausgeprägtesten fand sich eine kulturalistische Argumentation jedoch in der Rubrik «Ausländische Arbeitskräfte» des CMV-Jahresberichts von 1961, wo es zur Immigrationspolitik hiess: «[Die] demographischen und wirtschaftlichen Überlegungen müssen noch in der Weise vervollständigt werden, dass es, sozial gesehen, ebenfalls nicht gesund ist, das Risiko einer ‹Überfremdung› einzugehen. Das massive Anwachsen der Bevölkerung durch Menschen, die aus anderen Ländern kommen, andere Sprachen reden, eine andere Denkweise und andere Sitten haben, könnte die Assimilierungskapazität unseres Volkes übersteigen. Wir hätten damit gewissermassen in der Schweiz Ausländerkolonien, die in einem fast geschlossenen Kreis leben und die das innere Gleichgewicht des Landes stören würden.»[26]

Eine solche Argumentationslogik blieb im offiziellen Immigrationsdiskurs der christlichen Gewerkschaften eine Ausnahme. Hauptargument gegen den Zuzug ausländischer Arbeitskräfte war die Angst vor einem Sinken der Löhne. Dabei standen die Interessen der Schweizer Arbeiterschaft im Vordergrund, wobei die ausländischen Arbeiter unter dem Schlagwort «Auch den Fremdarbeitern gehört der gerechte Lohn!» vereinzelt in den Arbeitskampf mit einbezogen wurden.[27] In den 1950er Jahren gab es jedoch keine Bemühungen, die ausländischen Arbeitskräfte als Mitglieder der christlichen Gewerkschaften zu gewinnen. Dieses Desinteresse war nicht zuletzt der Logik des Rotationssystems geschuldet, das den einzelnen ausländischen Arbeitern nur einen befristeten Aufenthalt in der Schweiz erlaubte, was einer festen Einbindung in gewerkschaftliche Strukturen entgegenstand.

«Ein Gebot der Stunde und gleichzeitig auch Christenpflicht»

Mit steigendem Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung begann der CNG die «Vermehrung der Fremdarbeiterzahl» als sehr problematisch zu bezeichnen.[28] Mit Genugtuung stellte eine Delegation des CMV im Juni 1960 fest, «dass auch auf Arbeitgeberseite dem anhaltenden Zuzug von Fremdarbeitern nunmehr mit Skepsis begegnet wird».[29] Im CNG-Jahresbericht von 1964 fand sich erstmals die neue Rubrik «Fremdarbeiterfrage», ein Hinweis auf die zunehmende Bedeutung der Thematik. In der besagten Rubrik wurde vor der «drohenden Überfremdung durch die ununterbrochene Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte» gewarnt und die Aufblähung der Ausländerzahlen aus demographischen, soziologischen, wirtschafts- und staatspolitischen Gründen abgelehnt. Nach wie vor galt die Arbeitsmigration dem CNG als vorübergehendes, konjunkturelles Problem.

[25] Vgl. Ebd., 89.
[26] CMV, Jahresbericht 1961, 13.
[27] Vgl. u.a.: CMV, Jahresbericht 1951/52, 96–97; CMV, Jahresbericht 1951/52, 120.
[28] CNG, Jahresbericht 1962, 13.
[29] CMV, Jahresbericht 1960, 19.

Sowohl die Funkionärskonferenz als auch der Grosse Bundesvorstand des CNG forderten 1964 eine Reduktion der Zahl der ausländischen Arbeitskräfte.[30]

Neu wurde nun aber auch auf die humanitären Aspekte der Migration hingewiesen. «Gastarbeiter sind Menschen und nicht nur Arbeitskräfte», hiess es beispielsweise im CNG-Jahresbericht von 1964. Der CNG begrüsste das vom Bundesrat 1963 beschlossene «Italienerabkommen», das unter anderem mit dem Mittel des Familiennachzuges die Situation der ausländischen Arbeitskräfte verbessern sollte. Doch auch hier spielten wirtschaftspolitische Überlegungen eine Rolle, wie sich anhand einer Erklärung aus dem Jahresbericht 1964 zeigen lässt: «Nach Auffassung des CNG wird die schweizerische Wirtschaft auf Jahre hinaus auf ein erhebliches Kontingent ausländischer Arbeitskräfte angewiesen sein. Die Erleichterung des Familiennachzuges und die Verbesserung der Rechtsstellung tragen dazu bei, die ausländischen Arbeitnehmer, auf welche unsere Wirtschaft dauernd angewiesen ist, zu assimilieren, und dürften sich auch in einer Hebung der Arbeitsproduktivität und einer Verringerung der Fluktuation auswirken.»[31]

Zu Beginn der 1960er Jahre begann der CMV seine agitatorischen Bemühungen auch auf die ausländischen Arbeiter auszudehnen und förderte den Aufbau sogenannter «Fremdarbeitergruppen», in denen unter anderem Bildungskurse oder Orientierungs- und Diskussionsanlässe durchgeführt wurden. «Sich dieser Leute vermehrt anzunehmen, ist ein Gebot der Stunde und gleichzeitig auch Christenpflicht», hiess es dazu im Jahresbericht von 1961.[32] Das Wachstum des Mitgliederbestandes in den 1960er Jahren ging zu einem nicht geringen Teil auf die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte zurück. Im Gegensatz zu seinem Konkurrenzverband, dem Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiter-Verband (SMUV), war der CMV darum bemüht, die Selbstorganisation der ausländischen Arbeitskräfte mittels eigenständiger Ausländergruppen und -sektionen zu fördern. 1966 entstand als Leitorgan zusätzlich ein nationales Gastarbeiterkomitee.[33] Im selben Jahr zählte der CMV insgesamt 28'982 Mitglieder. Dazu gehörten rund 4'000 Ausländer, davon 1'845 Italiener und 937 Spanier.[34] Diesbezüglich war zu lesen: «Jedenfalls darf sich der CMV rühmen, eine klare Konzeption mit Bezug auf die gewerkschaftliche Erfassung vor allem der italienischen Arbeiter zu haben und die wohl bestorganisierte Arbeit auf diesem Sektor zu leisten. Die Fremdarbeiter sind für unseren Verband nicht einfach beitragszahlende Nullen.»[35] Als wichtiges Ziel der «Fremdarbeitergruppen» galt, die ausländischen Arbeitskräfte mit der Schweiz und den ihr eigenen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen vertraut zu machen.[36]

30 Vgl. CNG, Jahresbericht 1964, 32–33.
31 Ebd., 33–34.
32 CMV, Jahresbericht 1961, 42.
33 Vgl. Steinauer/Von Allmen, Baracken (wie Anm. 7), 59–60, 63.
34 Vgl. die Zahlen in: CMV, Jahresbericht 1966, 33.
35 Ebd., 34.
36 Vgl. CMV, Jahresbericht 1969, 36.

Ablehnung der «Überfremdungsinitiativen»

Dennoch waren die christlichen Gewerkschaften weiterhin darum bemüht, den Anteil der Ausländer in der Schweiz zu stabilisieren oder nach Möglichkeit sogar zu senken. Die oben geschilderte Verschränkung von wirtschaftspolitischen und humanitären Argumentationsmustern blieb für den migrationspolitischen Diskurs des CNG bestimmend. So wurde die 1965 eingereichte erste «Überfremdungsinitiative» der Zürcher Demokraten vom CNG nicht nur abgelehnt, weil sie den Geboten der Menschlichkeit widersprach, sondern auch, weil damit den Bedürfnissen der Wirtschaft nicht entsprochen werde. Der CNG sah eine weitere Herabsetzung der Ausländerzahl als unumgänglich, betonte aber, dass «der Abbau in der Dosierung den wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen hätte».[37] Auch der damalige Präsident des CNG, Nationalrat Johannes Heil, warnte in einem parlamentarischen Votum davor, die von den Initianten geforderte Abwanderung von ausländischen Arbeitern würde die Schweizer Wirtschaft vor eine fast unvorstellbare Zerreissprobe stellen. Statt dessen forderte Heil eine klar geregelte Immigrationspolitik, die nicht nur eine Stabilisierung, sondern eine weitere Reduktion der Zahl der ausländischen Arbeitskräfte zu umfassen hätte. Ausserdem sollten neben einem längerfristigen Abbauplan auch konkrete Richtlinien für die «Assimilierung» der verbliebenen Arbeitsmigranten geschaffen werden.[38]

Im Abstimmungskampf um die zweite «Überfremdungsinitiative», die als «Schwarzenbach-Initiative» bekannt werden sollte und 1969 eingereicht wurde, wiederholte sich dieses diskursive Muster. Der Schwarzenbach-Initiative wurde zugebilligt, das «Ausländerproblem» ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt zu haben, doch der CNG lehnte die Volksinitiative aus humanitären, wirtschaftlichen und staatspolitischen Überlegungen ab. Im Mai 1970, einem Monat vor der Abstimmung über die «Überfremdungsinitiative», formulierte die Gewerkschaft einen 10 Punkte umfassenden Appell, mit dem sie ihre Mitglieder zur Ablehnung des Volksbegehrens aufforderte.[39] Neben dem Hinweis darauf, dass eine schematische Reduktion des Ausländerbestandes eine Verlangsamung des Wirtschaftswachstums und damit eine Minderung des allgemeinen Wohlstandes mit sich brächte, wurde auch die nationalistische und fremdenfeindliche Stossrichtung der Initiative kritisiert. Nicht zuletzt wies der Appell darauf hin, dass der gewerkschaftliche Auftrag «Schutz und Förderung der Arbeitnehmerschaft, ohne Ansehen der Herkunft, der Sprache, der Nationalität» umfasse. Die Schwarzenbach-Initiative, so weiter, stehe in vollkommenem Gegensatz zu den Forderungen der christlichen Gewerkschaften, die immer auch die Förderung der «Assimilierung» der Arbeitsmigranten beinhaltet hätten. Im Gegensatz zu seinem Konkurrenzverband dem SGB, der sich mit klaren Worten zur zweiten «Überfremdungsinitiative» schwerer tat, kam der CNG damit früher vom Glauben ab, das sogenannte «Fremdarbeiterproblem» lasse sich nur durch eine rigorose Senkung der Ausländerzahl lösen. Der CNG sah die Problematik eben so sehr in der

[37] Vgl. CNG, Jahresbericht 1967, 26–28.
[38] Vgl. Ebd., 27.
[39] Vgl. CNG, Jahresbericht 1970, 24–30.

rechtlichen und materiellen Diskriminierung der ausländischen Wohnbevölkerung begründet, deren Beseitigung, bei einer gleichzeitigen Besserstellung materiell-sozial benachteiligter einheimischen Bevölkerungsteile, einiges zur Verbesserung der Beziehung zwischen Schweizern und Ausländern beitragen könne.[40]

Fazit

Im Gegensatz zu seinem Konkurrenzverband, dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund, verfolgte der Christlichnationale Gewerkschaftsbund der Schweiz von der Nachkriegszeit bis zum Ende der 1960er Jahre eine weniger restriktive Einwanderungspolitik. Doch auch der CNG nahm die ausländischen Arbeitskräfte lange Zeit als Konkurrenten wahr und setzte sich fast ausschliesslich für die Rechte der Schweizer Arbeiterschaft ein. Von einer über das Nationale hinausreichenden Klassensolidarität kann also keine Rede sein.

Der CNG unterstützte ein gewisses Mass an Einwanderung, das er als unabdingbar für ein weiteres Wachstum der Schweizer Wirtschaft sah. Die ausländischen Arbeitskräfte galten bis in die 1960er Jahre als Manöveriermasse zur Konjunktursteuerung. Allerdings warnte der CNG wie der SGB davor, dass eine bestimmte Zahl von Ausländern in der Schweiz nicht überschritten werden dürfe. Die geäusserte Furcht vor der «Überfremdung» hatte wenig mit der tatsächlichen Zahl der ausländischen Wohnbevölkerung zu tun. Das zeigt sich unter anderem an der Tatsache, dass bereits in den 1950er Jahren der Zuzug ausländischer Arbeitskräfte als problematisch galt, zu einer Zeit, als der Ausländeranteil in der Schweiz lediglich 6,1 Prozent betrug.

Als Argumente gegen die Einwanderung dienten dem CNG in erster Linie sozialpolitische und wirtschaftliche Einwände. Die Angst vor einem durch die billige ausländische Arbeitskraft verursachten Sinken der Löhne sowie die Furcht vor Arbeitsplatzverlusten waren die wichtigsten Elemente dieser Argumentationslogik. Kulturalistische Elemente fanden sich zumindest im offiziellen Immigrationsdiskurs des CNG kaum. Mit ihren unablässig vorgebrachten Forderungen nach einer Stabilisierung oder Reduktion des Ausländerbestandes ebneten die Gewerkschaften in den 1950er und 1960er Jahren dennoch den Weg für die in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre erstarkende «Überfremdungsbewegung».

Ein Umdenken fand in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre statt, als klar wurde, dass es sich bei der Anwesenheit der ausländischen Arbeitskräfte nicht nur um ein vorübergehendes konjunkturelles Phänomen handelte. Mit der Abkehr vom Rotationsprinzip und der vermehrten «Assimilation» der Ausländer wurden diese nun auch als potentielle Gewerkschaftsmitglieder interessant. Der CNG begann sich verstärkt für die Miteinbeziehung der ausländischen Arbeitskräfte ins Gewerkschaftsleben einzusetzen und erinnerte im Zusammenhang mit der sogenannten Schwarzenbach-Initiative daran, dass der Auftrag der Gewerkschaften nicht an den Grenzen des Nationalen Halt mache.

[40] Vgl. Riedo, Problem (wie Anm. 2), 264.

Arbeitsmigration und Fremdenfeindlichkeit. Der Christlichnationale Gewerkschaftsbund und die ausländischen Arbeitskräfte 1945–1970

Die nach dem Zweiten Weltkrieg rasch steigende Zahl von Arbeitsmigranten wurde von der Schweizer Regierung, der Wirtschaft und breiten Teile der Bevölkerung als notwendig für das weitere Wirtschaftswachstum erachtet. Vertreter der Gewerkschaften standen der Einwanderung dagegen kritisch gegenüber. Zur Kritik der Arbeitsmigration dienten ihnen beispielsweise die Aussage, der Zuzug ausländischer Arbeitskräfte habe einen negativen Einfluss auf die Lohnentwicklung. Mit ihrer immigrationskritischen Haltung gehörten die Gewerkschaften zu den Wegbereitern der in der zweiten Hälfte der 1960er Jahren erstarkenden Schweizer «Überfremdungsbewegung», die sich für eine Beschränkung des Anteils der ausländischen Wohnbevölkerung stark machte.

Die christlichen Gewerkschaften standen der Einwanderung nach dem Zweiten Weltkrieg ebenfalls mit Vorbehalten gegenüber. Dieser Aufsatz wirft anhand der Jahresberichte des Christlichnationalen Gewerkschaftsbundes (CNG) einen Blick auf den Immigratinsdiskurs des CNG bis zum Ende der 1960er Jahre. Auch dem CNG dienten in erster Linie sozialpolitische und wirtschaftliche Einwände als Argumente gegen die Einwanderung. Kulturalistische Elemente fanden sich zumindest im offiziellen Immigrationsdiskurs der Gewerkschaft kaum. Darüber hinaus ist festzustellen, dass der CNG früher als sein Gegenpart, der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB), eine Wende hin zur Integration der ausländischen Arbeitskräfte vollzog.

Immigration of workers and opposition to foreigners: The National Christian Trade Union (CNG) and non-Swiss workers 1945–1970

After the Second World War the number of foreign workers in Switzerland rose rapidly. The government, economic leaders and large parts of the population believed this increase necessary for the further growth of the economy. The trade unions however judged immigration more critically and argued that the influx of foreign workers had a negative influence on wages. With their critical stance towards immigration, the trade unions paved the way for the Swiss *Überfremdungsbewegung*, which, in the late 1960s advocated a reduction in the proportion of non-Swiss citizens living in Switzerland.

The Christian trade unions also expressed their objections to immigration in the period following the Second World War. This paper – based on the union's own annual reports – analyzes the discourse on immigration of the *Christlichnationaler Gewerkschaftsbund* (CNG) up to the end of the 1960s. For the CNG too, it was primarily sociopolitical and economic objections that were used as arguments against immigration. Culturalist elements rarely surfaced in their discourse, at least in the official reports. The sources show that the CNG realized the necessity of a shift towards integration of foreign workers sooner than did its counterpart, the *Schweizerische Gewerkschaftsbund* (SGB).

Migration ouvrière et hostilité envers l'étranger. La confédération des syndicats chrétiens-nationaux et la main d'oeuvre étrangère 1945–1970

Après la Deuxième Guerre mondiale l'élévation rapide du nombre de travailleurs étrangers fut considérée par les autorités fédérales, les milieux de l'économie et une large partie de la population comme nécessaire pour assurer une large croissance économique. Les représentants des syndicats cependant eurent une attitude plus critique devant ce phénomène. La main d'oeuvre étrangère avait selon eux une conséquence négative sur le niveau des salaires. Cette position rendit les syndicats réceptifs au mouvement d'opinion dénonçant l'«emprise étrangère» qui allait se renforcer dans la deuxième moitié des années 1960 et qui réclamait une diminution de la population étrangère.

Les syndicats chrétiens considérèrent avec réserve cette immigration ouvrière après la Deuxième Guerre mondiale. Cet article analyse le discours sur l'immigration dans les rapports annuels de la Confédération des syndicats chrétiens nationaux jusqu'à la fin des années 1960. On y lit surtout des arguments défavorables à l'immigration fondés sur des arguments socio-politiques et économiques. Quelques éléments culturalistes se trouvent néanmoins dans le discours officiel tenu sur l'immigration. On constate en fin de compte que la Confédération des syndicats chrétiens entreprit plus tôt que sa rivale, L'Union syndicale suisse, un changement dans sa façon de voir l'intégration de la force de travail d'origine étrangère.

Schlüsselbegriffe – Keywords – Mots clés

Schweiz – Switzerland – Suisse, Arbeitsmigration – migration – migration, Gewerkschaften – trade unions – syndicats, italienische Einwanderer – Italian immigrants – immigrants italiens, Nachkriegszeit – post-war period – après-guerre, Nationalismus – nationalism – nationalisme, Xenophobie – xenophobia – xénophobie, Protektionismus – protectionism – protectionnisme

Jürg Tschirren, arbeitet als Online-Redaktor in Zürich und absolviert in Basel das Nachdiplomstudium in Kulturmanagement.